

Recht auf Bildung – Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Hochschule

Dr. Andreas Keller zur aktuellen Debatte um das
Thema Studiengebühren

ABS: Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) ist ein breites und stetig wachsendes gesellschaftliches Bündnis, das immer wieder seine Ablehnung gegen jede Form und Ausgestaltung von Studiengebühren zum Ausdruck bringt. Trotz der bekannten und offensichtlich mehrheitlichen Ablehnung von Studiengebühren in der Gesellschaft gibt es neben Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren nun in einigen Bundesländern auch allgemeine Studiengebühren. Was ist aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der Grund dafür?

Keller: Den AnhängerInnen des Bezahlstudiums geht es zum Einen ganz banal darum, Studierende zur Kasse zu bitten. Bund und Länder sind erneut bereit, Milliarden für eine neue Unternehmenssteuerreform aufzubringen, aber für eine angemessene Finanzierung von Hochschulen und Studium haben sie kein Geld. Wenn die Studierenden und ihre Eltern nicht nur, wie schon heute, den Großteil ihres Lebensunterhalts privat finanzieren, sondern darüber hinaus durch Studiengebühren auch noch an den institutionellen Kosten der Hochschulen beteiligt werden, bringt dies für die Finanzminister und HochschulpräsidentInnen frisches Geld ins System, dass dann der Staat nicht mehr aufbringen muss.

ABS: Und zum Anderen?

Keller: Zum Anderen sind Studiengebühren Teil des Projekts der Umwandlung öffentlicher Hochschulen von öffentlich verfassten Selbstverwaltungskörperschaften in marktgesteuerte Dienstleistungsunternehmen. Das Unternehmen Hochschule soll aus neoliberaler Sicht seine Produkte Studium und Lehre im Wettbewerb mit anderen Anbietern zu Markte tragen - und an kaufkräftige KundInnen absetzen. Die Studierenden können als KundInnen nur dadurch eine kaufkräftige Nachfrage entfalten, dass sie einen Preis, also Studiengebühren, für die nachgefragten Waren entrichten müssen.

ABS: Sollten Argumentationsstränge gegen Studiengebühren verbessert werden, oder müssen wir noch mehr und härter protestieren? Hat bei den bisherigen Protesten vielleicht etwas entscheidendes gefehlt?

Keller: Es kommt entscheidend darauf an, beim Widerstand gegen Studiengebühren nicht bei einem isolierten Kampf der Studierenden zu bleiben, sondern die Aktionen in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Wer gegen Studiengebühren ist, muss sich ebenso entschlossen für die Abschaffung von KiTa-Gebühren wenden. Freier Zugang zur Bildung, Gebührenfreiheit von der KiTa bis zum Hörsaal - so wird ein Schuh draus. Die Sicherung des gebührenfreien Hochschulstudiums muss Teil eines Gesamtkonzepts für eine solidarische Bildungsfinanzierung sein. Es ist wichtig und erforderlich, die Aktionen gegen Bildungsgebühren in ein breites gesellschaftliches Bündnis einzubetten, dessen Kern die Studierendenvertretungen und die Gewerkschaften sein sollten. Die Bildungsgewerkschaft GEW organi-

siert Studierende und Beschäftigte in allen Bildungsbereichen und hat daher ein besonderes Augenmerk darauf, dass nicht eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird.

ABS: Nun gab es ja den Versuch, einen bundesweiten Studiengebührenboykott zu starten. Außer an drei kleinen Hochschulen in Baden-Württemberg ist das festgelegte Quorum für einen erfolgreichen Boykott nirgends zustande gekommen. Die GEW hatte zuvor ihre Unterstützung für einen Boykott angekündigt und Studierende ermutigt, sich daran zu beteiligen. Was könnten aus Sicht der GEW die Gründe für den gescheiterten Boykott sein?

Keller: Zunächst würde ich nicht einfach von einem Scheitern der Gebührenboykotte sprechen. In Baden-Württemberg waren es immerhin drei, zugegeben sehr kleine, Hochschulen, die das vereinbarte Quorum für einen Boykott erreichten. Gleichwohl ist es richtig, dass die Resonanz an den großen Unis hinter den Erwartungen zurückblieb, so dass sich auch die kleinen Hochschulen für den Abbruch der Aktion entschieden. Anderswo, so in Hamburg, steht noch nicht fest, wie hoch die Beteiligung ist, da die Einzahlungsfristen erst später ablaufen. Auch wenn die Boykotte am Ende nicht durchgeführt werden können, hat aber die durch die ungewöhnliche Aktionsform ausgelöste öffentliche Debatte die Auseinandersetzung um das Thema Studiengebühren weit in die Gesellschaft hineingetragen und dort eine insgesamt wohlwollende Resonanz ausgelöst. Ohne die Boykottkampagne wäre die Einführung des Bezahlstudiums vermutlich viel geräuschloser über die Bühne gegangen.

ABS: Lohnt sich ein neuer Versuch?

Keller: Letztlich müssen dies die Studierenden der jeweiligen Hochschulen entscheiden. Die GEW wird weiterhin Boykotte unterstützen, wenn sich die Studierenden dafür entscheiden und die Aktionen seriös vorbereitet werden. Es gibt überhaupt keinen Grund, entmutigt zu sein. Die Aktionen des Sommersemesters könnten auch eine Generalprobe für erfolgreiche Boykottaktionen in Hessen sein, wo erst im kommenden Wintersemester Gebühren erhoben werden. Sieben von sechzehn Landesregierungen haben entschieden, allgemeine Studiengebühren einzuführen, aber neun haben sich dem Druck entzogen. Es ist völlig offen, ob das Spiel mit dem Feuer zu einem Flächenbrand wird oder wie ein Strohflecken ausgeht. Jede einzelne Aktion kann in dieser offenen Situation der Tropfen werden, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Dr. Andreas Keller ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und leitet dort den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung. Die GEW ist Bündnispartnerin des bundesweiten Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

Interview: Christiane Schmidt

Rückgang der StudentInnenzahlen

Zu Beginn eines jeden Semesters warten die Erbsenzählerinnen und Erbsenzähler der diversen statistischen Ämter mit den jeweils jüngsten Zahlen auf. Ebenso lassen die Präsidentinnen und Präsidenten der Hochschulen stets mit Freude verlauten, dass sich speziell ihre Hochschule doch recht großer Beliebtheit erfreut. Doch ist das jedes Mal so?

Um dieses Stilmittel einmal zu bemühen: Zu Beginn des Wintersemesters 06/07 ließ das Statistische Bundesamt in Wiesbaden presseöffentlich verlautbaren, dass die Anzahl der ErstsemesterInnen von mehr als 600.000 Studierende im Wintersemester 05/06 auf 589.322 Studierende gesunken sei. Und das, obwohl es im Jahr 2006 weitaus mehr SchulabgängerInnen mit Hochschulzugangsberechtigung gab, als 2005. Zu den Gründen für diesen Rückgang sei an dieser Stelle exemplarisch einmal auf den Nordrhein-Westfälischen Minister für Innovation, Andreas Pinkwart, verwiesen. Dieser ließ bei einer Pressekonferenz am 16.10.2006 verlauten, dass die Einführung von Studiengebühren wohl einen „gewissen Effekt“ auf den Rückgang der Studierenden habe. Wer hätte das gedacht? Ist es denn tatsächlich so, dass Studierende, und auch solche, die es werden wollen, von Studiengebühren abgeschreckt werden? Sollten die Studierenden mit ihren Cassandra-Rufen wirklich Recht behalten haben?

StudierendenvertreterInnen haben stets auf genau diese Gefahr hingewiesen: Studiengebühren haben eine erhebliche Abschreckungswirkung speziell auf Menschen mit finanziell schwachem Hintergrund. Diese Fakten, belegt durch die veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, bewegen die konservativen Landesregierungen aber dennoch nicht dazu, Studiengebühren wieder abzuschaffen. Auch die Bundesregierung unternimmt keine Anstrengungen, die Studierendenzahlen zu erhöhen. Somit liegt es ganz klar auf der Hand: Die eingetragenen Konsequenzen aus der Bildungspolitik der vor allem letzten zwei Jahre in Bund und Ländern sind gewollt und das Ziel der politisch Verantwortlichen. Es soll weniger Studierende geben und die Einführung von Studiengebühren ist ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Wie anders wäre es zu erklären, dass sich SozialwissenschaftlerInnen seit Jahrzehnten bei allen sozialpolitisch wirksamen Maßnahmen die Finger wund geschrieben haben, um die Auswirkungen für die Gesellschaft darzustellen, und die EntscheidungsträgerInnen dennoch genau entgegen gesetzt handeln?

Ohne ein solidarisch ausgestaltetes Studienfinanzierungsprogramm, das allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft in ausreichender Höhe für das Erreichen ihrer individuellen Lebensziele

zur Verfügung steht, werden Studierende aus bildungsfernen Schichten weiterhin deutlich in der Unterzahl bleiben. Eine Möglichkeit um ein effektives Programm zur Finanzierung des Studiums zu verwirklichen, damit mehr Menschen vor allem aus finanzschwachen Familien den Weg an die Hochschulen finden, bestünde beispielsweise in einer Neukonzeption des BAföG hin zu einer elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und bedingungslosen Grundsicherung. Um vor allem finanziell schlecht gestellte Menschen zu einem Studium zu bewegen, sollte nach wie vor das gebührenfreie Studium garantiert sein. Dies alles hat in den Köpfen einzelner PolitikerInnen jedoch keinen Platz. Das BAföG ist seit 2001 nicht mehr an den durch die Mehrwertsteuererhöhung und die Inflation entstandenen Kaufkraftverlust angeglichen worden. Darüber hinaus sind mittlerweile in sieben Bundesländern allgemeine Studiengebühren beschlossene Sache.

Hier sind wir nun alle in der Pflicht. Wenn wir dies nicht hinnehmen wollen, so müssen wir auch weiterhin gemeinsam und solidarisch miteinander daran arbeiten, gegen dieses ungerechte System Widerstand zu leisten.

Konstantin Bender

PM und G8-Proteste

Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (pm-Bündnis)

Zentrale Ausrichtung des Bündnisses ist die Politik- und Meinungsfreiheit von Erwerbslosen, ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften, Studierendenschaften und SchülerInnenvertretungen zu gewährleisten. Dazu zählt auch die Forderung nach Etablierung in ihrer politischen Arbeit uneingeschränkter Verfasster Studierendenschaften.

Das Bündnis versucht, seine Arbeit in den generellen Zusammenhang der Kriminalisierung kritischer emanzipatorischer Gegenöffentlichkeit zu stellen und dies zu thematisieren. So streiten wir als Bündnis gemeinsam für mehr Mitbestimmungsrechte und für eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Der Versuch, ein Berufsverbot gegen einen den Heidelberger Realschullehrer aufgrund antifaschistischer Tätigkeit zu verhängen, wurde abgewendet. Dies zeigt, wie wichtig es ist, breite Bündnisse zu etablieren, um Solidarität zu leben.

Das pm-Bündnis hat sich für das Jahr 2007 Arbeitsschwerpunkte gesetzt, die in Seminaren, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt werden sollen. Es sollen Seminare zum Thema Repression und Demokratie und Grundrechte angeboten und ein Reader zum Thema Verfasste Studierendenschaft und politisches Mandat verfasst werden. Grundlage für die Umsetzung des Arbeitsprogramms ist der Leipziger Aufruf vom März 2007, den Organisationen unterzeichnen können.

Die stetige Zunahme von Überwachungs- und Kontrollmechanismen zeigt, dass Freiheit zugunsten vermeintlicher Sicherheit eingeschränkt wird. Videoüberwachung, Lausch-

angriff, Computerkontrollen, Vorratsdatenspeicherung, usw. sind nur ein Teil der politischen Auseinandersetzungen. So ist ab Herbst 2007 die Einrichtung einer SchülerInnen-Datentei geplant. Es sollen die (Leistungs-)Daten aller SchülerInnen ab der ersten Klasse langfristig erfasst werden, was eine totale Überwachung ermöglicht.

Durch den neoliberalen Umbau von Bildungs- und Sozialsystemen werden demokratische Beteiligungsmöglichkeiten zugunsten der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen abgebaut. Freiräume, sich politisch zu engagieren, werden eingeeignet und demokratische Entscheidungsstrukturen mit Sachzwangargumenten eingeeignet. Aus diesem Grund plant das pm-Bündnis eine bundesweite Kampagne mit dem Ziel, Partizipationshürden abzubauen und langfristig Freiräume für Mitbestimmung zu schaffen. Durch die Förderalismusreform sehen wir uns der Herausforderung gegenüber, den Kampf um Mitbestimmung mit größerer Vehemenz nun auch auf Länderebene fortzusetzen.

Repression

Im Jahr 2006 hatte sich das pm-Bündnis besonders mit der Thematik Repression und Kriminalisierung von Protesten auseinander zu setzen.

Repression ist auch Folge des Abbaus von Grundrechten. Repression bedeutet stets Unterdrückung von Entfaltungsmöglichkeiten – durch Einschränkung, Kontrolle und Überwachung. Mit der Kriminalisierung ganzer Protestbewegungen wird bezweckt, inhaltlicher Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Wenn

politisches Handeln und kritisches Gedankengut in strafbare Handlungen umgedeutet werden, sind gesellschaftspolitische Probleme nicht lösbar, sondern werden unterdrückt. Gegen solche Spaltungsversuche in „gute“ und „böse“ DemonstrantInnen setzen wir auf Solidarität mit den Betroffenen. Gegen juristische Konsequenzen, die Menschen aufgrund politischer Tätigkeiten drohen, argumentieren wir als Bündnis politisch und stellen den inhaltlichen Diskurs ins Zentrum.



Dazu hat das pm-Bündnis ein 190-seitiges Reader erstellt, der als Nachschlagewerk und Rechtsratgeber für die politische Praxis fungiert und im pm-Büro bestellt werden kann. Darin wird auf die Frage, was Repression, was eine Spontandemo, ein Ermittlungsausschuss, usw. ist geantwortet werden. Darüber hinaus soll er eine Hilfestellung für kreatives Demonstrieren sein.

Da gerade im Hinblick auf die zu erwartenden G8-Proteste mit Repressalien gegen Demonstrierende zu rechnen ist, sollte man sich im Vorfeld informieren und einen kraftvollen Protest in Heiligendamm organisieren.

Björn Wortmann

www.studis.de/pm